

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

fach- und personengruppenübergreifendes KAFGA-Projekt



Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung

In diesem Papier sind die Umriss für Fragestellungen und Positionen dargestellt, die eine Grundlage für weitere Arbeiten und Beschlüsse der GEW bilden sollen.

Die Darstellung gibt keine verbindliche Antworten, sondern beschreibt Fragestellungen und erste Positionen.

Dieses Papier dient der Vorbereitung einer Fachtagung, die folgende Ziele verfolgt:

- Präzisierung von Fragestellungen an die wissenschaftliche Forschung, die dringend der Beantwortung bedürfen.
- Weiterentwicklung des Selbstverständnisses hinsichtlich der Fragestellung „Berufsorientierung“ für die weitere Arbeit innerhalb der GEW.
- Weiterbildung von Multiplikatoren in der GEW, um dieses Thema in den Mitgliederstrukturen weiter zu verfolgen.
- Ansatzpunkte zur Kooperation mit anderen Akteuren auf diesem Gebiet bzw. erste Forderungen an diese.

Inhalt

- Präambel
- Aufgaben des allgemein bildenden Schulwesens
Die Situation
Arbeitsweltorientierung, Berufsorientierung und Lebensplanung, in der Schule
- Ziel: Ausbildungsreife
- Anhang: Berufs- und Arbeitsweltorientierung – was gibt es schon?

Präambel

Arbeit und ein auskömmliches Einkommen sind Grundvoraussetzungen für die individuelle Lebensplanung eines jeden Menschen. Sie sichern gleichzeitig die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ohne sinnvolle Arbeit und materielle Sicherheit droht soziale Ausgrenzung.

Zugleich benötigt die Gesellschaft Bürger, die in allen Sektoren der Erwerbsarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit ein hohes Maß an Kompetenz einbringen. Die bestehende zehnjährige Vollzeitschulpflicht genügt dafür nicht mehr. Der staatliche Bildungsanspruch kann nicht mit der allgemein bildenden Schule enden, sondern muss die Berufsausbildung oder das Studium einschließen. Der Abschluss einer ersten berufsbefähigenden Ausbildung ist daher der Mindeststandard, um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und die Teilhabe jedes Einzelnen zu sichern.

Das bisher häufig von Gewerkschaften eingeforderte Recht auf Ausbildung greift zu kurz und ist durch die Forderung an die Gesellschaft und an jeden Einzelnen zu ersetzen, einen ersten berufsbefähigenden Abschluss verbindlich anzubieten bzw. zu erreichen.

Dafür sind unterschiedliche Wege der Ausbildung gleichwertig anzubieten, die die bisherigen Formen der dualen Ausbildung, der vollzeitschulischen Berufsbildungsgänge und der (Fach)-Hochschulen einschließen.

Entscheidend für eine Weiterentwicklung der allgemeinen Schulpflicht zu einem erweiterten, berufsqualifizierenden Abschluss ist, dass

- Bund und Länder ihre Verantwortung für eine ausreichende finanzielle Ausgestaltung des Bildungswesens wahrnehmen. Deutschland muss deutlich mehr Geld in die Bildung investieren um den Rückstand im internationalen Vergleich aufzuholen.
- in der Zuweisung von Unterrichtsinhalten auf allgemein bildende Schulen einerseits und die Berufsbildung andererseits ein gleitender Übergang von Schülerinnen und Schülern ermöglicht wird, indem Themen der Berufs- und Arbeitswelt einschließlich ihrer sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekte schon von Beginn der Schule an integriert werden.
- die berufliche Bildung institutionell so weiter entwickelt wird, dass sie unabhängig von konjunkturellen und demographischen Einflüssen ein ausreichendes Bildungs- und Platzangebot bereit hält. Insbesondere die Formen der betrieblichen bzw. betriebsnahen Bildungsgänge (z. B. duale Berufsausbildung, duales Studium) bedürfen einer verbesserten strukturellen Ausgestaltung, um allen jungen Menschen ein Lernen in der Arbeit¹ zu ermöglichen.

Aufgaben des allgemein bildenden Schulwesens

Die Situation

Um die Chancen der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern, haben sich Schulen den Vorwürfen gestellt, sie würden auf diesem Gebiet keine praktischen Hilfen anbieten, und betreiben mit zunehmendem Aufwand Berufsorientierung. Seit Anbeginn steht diese jedoch stark in der Kritik: Einerseits sind die mit der Berufsorientierung verbundenen Erwartungen von Betrieben, Politik, Schule und nicht zuletzt auch der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern konträr und z.T. diffus. Andererseits haben sich wegen fehlender klarer politischer Rahmenvorgaben, uneinheitlicher Begrifflichkeiten, unzureichender Aus- und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern und regionaler sowie landespolitischer

¹ vgl. hierzu den oben angesprochenen umfassenden Arbeitsbegriff.

Besonderheiten eine von Schule zu Schule, manchmal auch von Lehrer zu Lehrer unterschiedliche Umsetzung dessen ergeben, was unter Berufsorientierung verstanden wird.

Die Arbeits- und Berufsorientierung wird noch immer weitgehend als eine vom übrigen Schulbetrieb isolierte Sache der Sekundarstufe I, insbesondere als eine Angelegenheit der Real-, Haupt-, Förder- und Gesamtschulen betrachtet. Die durch die gewaltigen technologischen Entwicklungen bedingten Veränderungen im Arbeitsleben werden in ihrer Bedeutung für die Lebensplanung junger Menschen seitens der Schule kaum erfasst. So wird der Arbeitsbegriff auf Erwerbsarbeit reduziert, mit tradierten Geschlechterbildern gearbeitet und noch immer die Vorstellung verbreitet, dass Beruf etwas mit Berufung zu tun habe. Eben weil nur noch eine Minderheit in ihrem erlernten Beruf bis zum Renteneintritt ein kontinuierliches Auskommen findet, wird Berufsorientierung ungenügend mit der Arbeitswelt – aber auch der Lebensplanung - insgesamt verknüpft.

Es reicht nicht aus, Berufsorientierung auf den Arbeitsmarkt auszurichten und Jugendliche den Bedürfnissen der Betriebe anzupassen. Ein sehr viel umfassenderer Ansatz ist notwendig.

Arbeitsweltorientierung, Berufsorientierung und Lebensplanung in der Schule

Mit Abschluss der allgemein bildenden Schule sollen Schülerinnen und Schüler neben anderen Zielen auch eine konkrete Vorstellung davon entwickelt haben, welche Anforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten die Arbeitswelt für sie bereit hält. Sie sollen weiterhin ihre eigenen Neigungen und Fähigkeiten so weit reflektiert haben, dass sie diese mit den Tätigkeits- und Anforderungsprofilen der verschiedenen Sektoren des Beschäftigungssystems in Beziehung setzen können. Schließlich sollen sie die an dieser Schnittstelle ihrer Entwicklung erforderlichen Entscheidungen über den weiteren Lebensweg treffen können.

Nicht zuletzt sollten sie auch moralische Kategorien entwickelt haben, um gegenüber sich selbst, in Beziehung zu anderen Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt reflektiert argumentieren und handeln zu können.

Mit diesen Zielen werden die Schlagworte Arbeitsweltorientierung, Berufsorientierung und Lebensplanung angesprochen, die im folgenden näher umrissen werden:

Arbeitsweltorientierung

Die materielle Basis der Gesellschaft, Arbeit und Produktion, Wirtschaft und Technik muss von Beginn an in den Unterricht einbezogen werden. Als zentraler gesellschaftlicher Bereich ist sie für alle Schülerinnen und Schüler bedeutsam. Auch Grundschülerinnen und Grundschüler können bereits einen altersangemessenen Einblick in Arbeitsabläufe erhalten und lernen, diese Tätigkeiten wertzuschätzen. Viele Schulprojekte für Kinder und Jugendliche lassen sich so umgestalten, dass die Auseinandersetzung mit Arbeit und Produktion, Wirtschaft und Technik zum Bestandteil des Projekts wird. So können Schülerinnen und Schüler in den unterschiedlichsten Unterrichtsfächern ein grundlegendes Verständnis von Arbeitsorganisation gewinnen, sowie arbeitsbezogene Qualifikationsanforderungen unter Einschluss sozial angemessener Verhaltensweisen kennen lernen.

Wir gehen von einem umfassenden Arbeitsbegriff aus, der keinesfalls nur Erwerbsarbeit umfasst. Auch Hausarbeit, Kindererziehung, Pflege von kranken Menschen, Menschen mit Behinderungen und alten Menschen sowie Arbeit in ehrenamtlichen Funktionen gehören

dazu. Die unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzung dieser Tätigkeiten, die Ursachen für die Bezahlung der einen Sorte von Arbeit und die fehlende Bezahlung der anderen Arbeit sowie Visionen mit einer anderen Verteilung und Bezahlung von Arbeit gehören in diesen Bereich.

Ein handlungsorientierter Ansatz führt zum besseren Verstehen wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge. Die Erarbeitung von berufsorientiertem Wissen in konkreten betrieblichen Arbeitssituationen ermöglicht außerdem, das soziale Gefüge mit seinen Hierarchiestrukturen besser zu verstehen. Betriebspraktika in Wochenblocks, aber auch Unterricht, der über ein halbes oder ganzes Jahr zwei Tage pro Woche ein betriebliches Praktikum vorsieht, kann Schülerinnen und Schüler darin unterstützen, ihre Lernprozesse zu beschleunigen, sich vertiefte Erkenntnisse über eigene berufliche Zielsetzungen zu erarbeiten und die Schule motivierter zu nutzen. Betriebliche Simulationen wie Schülerinnen- und Schüler-Firmen oder die Einbeziehung von Teilproduktionen innerhalb der Schule für den Bedarf der Schule oder der Schulgemeinde können Schülerinnen und Schüler ebenfalls in hohem Maße fördern.

Wir unterstützen allerdings weder das Ein-Tag-pro-Woche-Betrieb-Modell noch die Abkopplung der Hauptschule vom wissenschaftsorientierten Unterricht. Hier stehen andere Bildungsvorstellungen Pate wie: Schülerinnen und Schüler sind nicht ausreichend bildungsfähig, Schülerinnen und Schüler sollen über die betriebliche Arbeitswelt diszipliniert werden, Schülerinnen und Schüler sollen rechtzeitig für Arbeiten gewonnen werden, für die es keinen Nachwuchs gibt. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen eher nicht um die Vorbereitung auf eine selbstbestimmte Lebensplanung, Berufs- und Arbeitsweltorientierung.

Die Regelwerke, nach denen Schulen heute organisiert sind, stammen in vielen Bereichen noch aus einer Zeit, die heute nicht mehr mit den Anforderungen der Arbeitswelt kongruent ist: Die Leistung des Einzelnen ist heute in der Arbeitswelt häufig untrennbar mit der des Teams verbunden. Die Fähigkeit, sachgerecht mit Fehlern und Fehlertoleranzen umzugehen, wird vielfach durch schulische Verfahren zur Leistungsbewertung eher verhindert als gefördert.

Stattdessen bieten – teilweise schon gut entwickelte - individuelle Schulprogramme die Möglichkeit, viele Aspekte der heutigen Arbeits- und Lebenswelt als Prinzipien in den Schulalltag einzuführen und sie dabei zugleich kritisch in den Unterricht einzubeziehen.

Berufsorientierung

Berufsorientierung ist ein Prozess, an dessen Ende der gelungene Übergang in einen berufsqualifizierenden Bildungsgang steht. Allgemein bildende Schulen haben dabei eine kontinuierliche Aufgabe, die bereits mit der ersten Klasse beginnt.

Untersuchungen haben gezeigt, dass die soziale Herkunft von Schülern bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt ihre Wahrnehmung prägt. Durchaus erreichbare Entwicklungsziele werden bei Kindern aus schwierigem sozialem Umfeld häufig als Möglichkeiten ausgeblendet.

Infolgedessen engen sich durch einseitiges Engagement und Interesse die Entwicklungspotenziale ein und verfestigen sich bereits sehr früh.

Schule darf diesen Sachverhalt nicht einfach hinnehmen, da sie damit die soziale Segregation unterstützen würde.

Berufsorientierung beginnt zudem sehr früh mit der Zuschreibung altersgemäßer Begriffe. Von der Märchenwelt über tägliche Wahrnehmungen berufstypischer Tätigkeiten von beispielsweise Verkäuferinnen oder Friseuren über beiläufig wahrgenommene Äußerungen von Erwachsenen werden Vorstellungen geprägt.

Berufsorientierung ist damit ein Prozess, an dem Schule nur einen Anteil hat. In diesem Entwicklungsprozess hat die allgemein bildende Schule die Aufgabe, die vielfältigen Einflüsse und Erfahrungen systematisch aufzugreifen und alters- und entwicklungsgemäß zu bearbeiten. Angesichts der geschlechtstypischen Bildungsverläufe in allen Bildungsbereichen (Allgemein- und Berufsbildung) hat Schule darauf hinzuwirken, dass das Individuum, das einzelne Mädchen, der einzelne Junge, im Mittelpunkt steht. Lehrkräfte sind gefordert, nicht unreflektiert Rollenklischees zu transportieren, die die Jugendlichen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten einengen und zur Fortführung der Geschlechterhierarchie im Arbeitsleben beitragen. Berufsorientierung ist somit nicht Unterrichtsgegenstand in einem speziellen Unterrichtsfach, sondern eine durchgängige Aufgabe in allen Unterrichtsfächern. Dabei sind insbesondere die Möglichkeiten authentischer Erfahrungen durch Betriebspraktika zu nutzen, aber auch vorhandene Experten der Berufsberatung, der in der Region dazu bereiten Unternehmen und auch der Eltern einzubeziehen.

Den Schulen wird häufig von den Unternehmensverbänden vorgeworfen, dass sie dieser Aufgabe nicht gerecht werden. Auch viele Schulen und viele Kolleginnen und Kollegen sind trotz großen Engagements mit den Ergebnissen ihrer Arbeit nicht zufrieden.

Die GEW hält die Vorwürfe der Unternehmerverbände für teilweise berechtigt. Sie weist aber darauf hin, dass die Entscheidung für einen Beruf von vielen Faktoren beeinflusst wird, auf die die Schule keinen Einfluss hat:

- Schüler entwickeln – wie dargestellt – bereits sehr frühzeitig eine Vorstellung davon, für welche Ziele es sich zu engagieren lohnt. Die stark eingeschränkten Perspektiven, die aus demographischer Situation und Konjunktur über viele Jahre prägend war, wirkt sich noch mit einem langen zeitlichen Verzug auf die Schulabgänger aus: Wer zu einem Zeitpunkt, zu dem die wesentlichen Weichenstellungen für gute Leistungen in bestimmten Bereichen gelegt werden, dazu keinen auf die eigene Berufsperspektive bezogene Motivation erhält, wird sich auch nicht engagieren. Konjunkturelle Zyklen und die Leistungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen sind zeitlich asynchron gekoppelt, wenn Berufsorientierung diese Zusammenhänge nicht aufgreift.
- Mobilität im Zusammenhang mit dem Beginn der Berufsausbildung ist eher die Ausnahme. Sie wirkt sich zudem selektiv aus: Wer weniger mobil ist, bringt meist auch die geringeren schulischen Leistungen mit und entstammt mit höherer Wahrscheinlichkeit einem schwierigen sozialen Umfeld.
- Mangelnde praktische Erfahrungen mit dem Wunschberuf und verkürzte und unvollständige Darstellungen in den Medien und vielen Schulbüchern wie auch den Informationsangeboten der Arbeitsagentur begünstigen diffuse oder unrealistische Vorstellungen über den Traumberuf und verstellen den Blick auf das Machbare.
- Viele gut erreichbare Ausbildungsberufe bieten wenig oder keine Perspektiven für das spätere Erwerbsleben.
- Andererseits ist die Information über die tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten in vielen Berufe häufig unzureichend. Veraltete Informationen und überholte Vorbilder stimmen in vielen Bereichen nicht mehr mit der Realität überein. Auch Schulbücher transportieren häufig veraltetes Wissen. Hier sind Forderungen an Schulen und Lehrer fehl am Platz: Es ist nicht deren Aufgabe, aktuelle Informationen aufzuspüren, wohl aber, die Angebote der dafür kompetenten Institutionen zu integrieren.
- Obwohl die Betriebe manchmal unter Hunderten von Bewerbern die Auswahl haben, werden die Klagen nicht leiser. Dabei wird übersehen, manchmal auch ignoriert, dass die Jugendlichen, soweit sie nicht zu den Gewinnern im Kampf um die begehrten Ausbildungsplätze gehören, keine Wahl haben. Die Schulabgänger und Schulabgängerinnen müssen nehmen, was zu haben ist, wenn sie überhaupt einen

Ausbildungsplatz bekommen. Gezielte Orientierung und Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf ist gar nicht möglich.

Für Lehrerinnen und Lehrer sind dies jedoch nicht Argumente, die einem Rückzug auf den traditionellen Fachunterricht Vorschub leisten: Schulen sind Teil des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in der Region. Die vorhandenen Erfahrungsfelder und Experten bieten gerade für die Berufsorientierung vielfältige Lerngelegenheiten einschließlich der Entwicklung von Strukturen zur Unterstützung von Übergängen aus der Schule in die berufliche Bildung.

Hierzu bedarf es jedoch einer verbesserten Integration kommunaler bzw. regionaler Institutionen und Angebote. Dabei sind allgemein bildende Schulen einzubeziehen, was jedoch der Entscheidung bedarf, diese Aufgabe explizit Lehrerinnen und Lehrern zuzuweisen und sie ggf. dafür weiter zu bilden.

Lebensweltorientierung

Berufs- und Arbeitsweltorientierung sind Teil der Lebensplanung. In der Schule muss Berufsorientierung deshalb als Entwicklungsaufgabe gestaltet werden, die einen biografischen und differenzierten Zugang ermöglicht. Zu dieser Entwicklungsaufgabe gehören Lernaufgaben wie die Herausbildung eigener beruflicher Vorstellungen, Einschätzung eigener personaler, sozialer, fachlicher und methodischer berufsrelevanter Kompetenzen und eine Orientierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Diese Aufgabe muss bereits von Beginn an in die Arbeit der Grundschule integriert werden: „Eerbte“ Chancenungleichheit darf nicht hingenommen werden. Wir wissen, dass Schule einen nicht geringen Anteil an der Verfestigung dieses sozialen Phänomens hat.

Um diesem Sachverhalt entgegen zu wirken, muss

- sich die Forschung verstärkt damit beschäftigen, wie diese Mechanismen im Einzelnen funktionieren und welche Interventionen Lehrerinnen und Lehrer hier vornehmen können.
- dieses Thema einen festen Platz in der Lehreraus- und Weiterbildung erhalten.

Dabei ist auch ein besonderes Augenmerk auf die geschlechtsspezifischen Rollenausprägungen zu legen: Wir wissen, dass Jungen und Mädchen in sehr unterschiedlicher Weise Benachteiligungen in der Schule erfahren. Diese haben teils gesellschaftliche Ursachen, die in die Schule hinein reichen, teilweise sind sie durch schulorganisatorische Umstände bedingt, aber auch Lehrerinnen und Lehrer tragen – vielfach unbewusst – zur Verstärkung dieser Benachteiligungsstrukturen bei.

Geringere Chancen und schlechtere Bezahlung von Frauen in vielen Bereichen des modernen Arbeitsmarktes korrespondieren in der Phase der Berufsorientierung oft mit einer Lebensplanung, in der Mädchen versuchen, eine familiäre und berufliche Perspektive in Übereinstimmung zu bringen. Die Entscheidung für so genannte „Frauenberufe“ entspringt häufig nicht dem originären Interesse von Mädchen an diesen Tätigkeiten, sondern ist Ausdruck fehlender Alternativen in der Lebensplanung. Um der doppelten Benachteiligung vieler Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken, ist es nicht nur notwendig Mädchen und Frauen für „Männerberufe“ zu interessieren, sondern auch den gesellschaftlichen Kontext und die Mechanismen, die zu „weiblichen“ und „männlichen“ Berufswahlentscheidungen führen, zu reflektieren und zu bearbeiten.

Gerade für Mädchen ist das Spektrum der geschlechtsrollentypischen traditionellen Berufe sehr eng. Der hohe Anteil an Frauen in Berufen mit „dienender“ Funktion im Verkauf, im Friseurhandwerk, im Gesundheitswesen oder als Fachangestellte bei Ärzten, Anwälten und Steuerberatern benachteiligt sie mehrfach durch vergleichsweise schlechtere Entlohnung gegenüber „männlichen“ Berufen, aber auch wegen meist schlechteren Aufstiegsmöglichkeiten gegenüber den wenigen männlichen Konkurrenten in diesen Berufen.

Andererseits sind männliche Jugendliche mit schlechteren Startchancen für das Berufsleben in ihrer Berufswahl auf Berufe angewiesen, bei denen die Möglichkeiten des beruflichen Fortkommens über Aufstiegsweiterbildung beschränkt sind. Sie müssen bei späterem Neustart für eine berufliche Weiterentwicklung häufig erst Abschlüsse nachholen, um dann eine völlig neue berufliche Entwicklung zu beginnen.

Hinsichtlich ihrer Lebensweltorientierung haben Jugendliche mit Migrationshintergrund zusätzliche Handicaps: Neben häufig noch stärker ausgeprägten Geschlechtsstereotypen spielen Vorstellungen über das Bildungs- und Beschäftigungssystem des Herkunftslandes eine prägende Rolle, die nicht allein in der Schule, sondern nur in engem Kontakt mit den Eltern dieser Kinder überwunden werden können. Dabei gilt es, diesen Jugendlichen ihre Berufsperspektiven im Einwanderungsland Deutschland zu verdeutlichen, ihnen zugleich aber auch ihre besonderen Chancen klar zu machen, die sie gerade ihres Migrationshintergrundes wegen hier haben.

Die zunehmende Integration von Jugendlichen mit Behinderungen in Klassen allgemein bildender Schulen stellt zusätzliche Anforderungen an deren Berufsorientierung: Wenn die Integration nicht abrupt nach der allgemeinbildenden Schule „zugunsten“ einer speziellen Behinderteneinrichtung enden soll, müssen hier Wege verbreitert werden, die bisher leider nur regional und in geringer Zahl vorhanden sind. Hier stellt sich die Forderung nach veränderten – auf weiterführende Integration abzielende – Förderwege.

Die Lebenswelt, auf die das Gymnasium heute noch immer vorbereitet, ist der weitere Bildungsweg über die Hochschule. Tatsächlich wählen inzwischen aber mehr als 16 % der Abiturienten den Weg in bzw. über eine duale Ausbildung. Es ist daher nicht mehr vertretbar, Arbeitswelt- und Berufsorientierung in dieser Schulform auszublenden.

Ausbildungsreife

Mangelnde Ausbildungsreife ist eine häufig gewählte Begründung für Jugendarbeitslosigkeit. So berechtigt es ist, über Mindeststandards bei Eintritt in die Berufsbildung nachzudenken, so dürfen sich daraus angesichts der Vielfalt der Anforderungen in den unterschiedlichen Beschäftigungsfeldern keine K.O.-Kriterien bei Übergang ergeben. Entscheidend für einen gelungenen Übergang ist letztlich die von vielen – häufig zufälligen – Einzelfaktoren abhängige Passung von Bewerber und Stelle. Dies gilt gleichermaßen für Schülerinnen und Schüler mit überdurchschnittlichen Leistungen wie für solche mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen.

Statt einer irgendwie gearteten noch so gut gemeinten Zurichtung auf den aktuellen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt hat die Schule dafür zu sorgen, dass Schülerinnen und Schüler ihre kurz- und langfristigen Handlungsmöglichkeiten sowie gesellschaftliche Ursachen und gesellschaftliche Alternativen kennen lernen.

Ausbildungsreife – wie sie im Kriterienkatalog² des nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland definiert wurde – wird daher hier in einem umfassenderen Sinne verstanden.

Ziel aller Schulformen muss es sein, dass die Schülerinnen und Schüler den allgemeinen Merkmalsbereich des Kriterienkatalogs erfüllen können. Dazu gehören neben der selbstverständlichen Pflicht zur Erbringung der schulischen Basiskenntnisse insbesondere die hier schon im Zusammenhang mit der Arbeitsweltorientierung beschriebenen Fähigkeiten, die dort als „psychologische Leistungsmerkmale“ bzw. „psychologische Merkmale des Arbeitsverhaltens und der Persönlichkeit“ beschrieben werden.

Die im Kriterienkatalog aufgeführte „Berufswahlreife“ bedeutet jedoch mehr, als dort zum Ausdruck kommt: Die Entscheidung zur Bewerbung in einem bestimmten Beruf schließt auch ein, dass dieser mit den aktuell entwickelten Lebensentwürfen im Einklang steht. Die Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Bewerbung ist immer auch eine Abwägung zwischen konkurrierenden Möglichkeiten.

Lebensplanung, Berufs- und Arbeitsweltorientierung haben wie jeder andere Lernbereich in der Allgemeinbildung auch einen emanzipatorischen Anspruch. Selbstbestimmungsfähigkeit, Mitbestimmungsfähigkeit und Solidarität bleiben pädagogische Zielsetzungen. Auch die Lebensplanung, Berufs- und Arbeitsweltorientierung soll Schülerinnen und Schülern ermöglichen, Bewusstsein von zentralen Problemen der Gegenwart und der Zukunft, Einsicht in die Mitverantwortung eines jeden Einzelnen für die Lösung dieser Probleme und Bereitschaft zu deren Bewältigung zu gewinnen.

Anhang:

1. Berufs- und Arbeitsweltorientierung – was gibt es schon?

Berufs- und Arbeitsweltorientierung findet in den allgemein bildenden Schulen in vielfältiger Weise statt. Die nachfolgend aufgeführten Beispiele stehen exemplarisch für

- Berufs- und Arbeitsweltorientierung schon in der Grundschule
 - Kooperationen von Schulen und Universitäten im Bereich arbeitsorientierter Allgemeinbildung
 - die Ausweitung betrieblicher Praxisanteile mit dem Ziel, Arbeiten und Lernen in Schule und Betrieb zu verbinden.
- An Hamburger Grundschulen wird Berufs- und Arbeitsweltorientierung als eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe angesehen. Im Rahmenlehrplan der Klassen 1 bis 4 sind Unterrichtseinheiten aufgeführt, deren Aufarbeitung darauf abzielt, schon frühzeitig Kenntnisse zu vermitteln und Haltungen zu entwickeln, die für eine spätere Berufswahlentscheidung und für eine Orientierung in der Arbeitswelt notwendig sind. Bedeutsam für die Hamburger Grundschulen ist, dass diese Aufgabe in den Unterrichtsthemen kontinuierlich berücksichtigt wird. Von der Wertschätzung der eigenen und der Arbeit anderer über das Kennen lernen von Beispielen für Dienstleistungen und von ehrenamtlichen Tätigkeiten führt der Unterricht zu Kenntnissen und Fähigkeiten, die eine spätere Orientierung in der Arbeitswelt erleichtern sollen.

² siehe anliegende Auszüge

Komplexere Sachverhalte ermöglichen Einblicke in Arbeitsabläufe und Produktionsprozesse. Dazu dienen eigenständige Projekte mit Bezug zu Einrichtungen aus der Umgebung der Kinder: Wohngebiet Krankenhaus, Bahnhof oder Beruf von Geschwistern, Eltern, Großeltern. Auch „Arbeitslosigkeit und die Folgen für die betroffenen Personen“ gehören zu den Unterrichtsinhalten der Grundschule in Hamburg.

- Die „Integrierte Stadtteilschule an der Hermannsburg“ in Bremen hat für ihr Schulprofil den Schwerpunkt Berufs- und Arbeitsweltorientierung gewählt. Dieser wurde im Rahmen einer „Offenen Lernwerkstatt Arbeitslehre“ in Kooperation mit dem Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung der Universität Bremen entwickelt. Ziel ist, dass in allen 5. bis 10. Klassen der Schule in handlungsorientierter Arbeit das Verstehen wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge erreicht wird. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten sich berufsorientierendes Wissen in konkreten Arbeitssituationen. Besonders in der Projektarbeit stehen Arbeitslehre-Vorhaben im Mittelpunkt: „Zirkusprojekt“, „Telearbeitsplätze“ u.a.. Neben dem Regelunterricht Arbeitslehre, der kontinuierlich in allen Klassen von 5 bis 10 erteilt wird, finden im Wahlpflichtbereich Kurse mit dem Inhalt „Berufsorientierung“ statt. Begleitend dazu gibt es in den 9. und 10. Jahrgängen Betriebspraktika
- Eine intensive Verzahnung von Schule und Arbeitswelt praktizieren in einem Schulversuch zwei Hauptschulen und eine Gesamtschule in Hamburg. So gehen die Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Hauptschulklassen der „Schule Richard-Linde-Weg“ in Hamburg-Bergedorf an zwei Tagen der Woche insgesamt 11 Stunden in einen Betrieb. Dort arbeiten und lernen sie unter den Bedingungen des Arbeitsalltages. „anSchub zum Erfolg“ heißt das Vorhaben bei dem der Betrieb als Lernort in die Schularbeit einbezogen wird. Nach 6 Monaten findet jeweils ein Wechsel des Praktikumsbetriebes statt, so lernen die Schülerinnen und Schüler in den zwei Jahren der Teilnahme insgesamt vier Berufsfelder kennen. Eine zentrale Bedeutung für den Erfolg des Schulversuchs wird der besonderen Lernaufgabe beigemessen. Diese von jeder Schülerin, jedem Schüler selbst gewählte Arbeit, die während des Praktikums eigenständig be- bzw. erarbeitet werden muss und in eine schriftliche Form zu bringen ist wird nach ihrer Fertigstellung im Rahmen einer Präsentation vorgestellt und bewertet. Durch die zwei Praxistage ergibt sich notwendiger Weise eine starke Reduzierung des Unterrichts in der Schule. Das erfordert andere Lehr- und Lernformen. Stationenlernen, Wochenplanarbeit und Lernen im Team stehen im Vordergrund, Fächerbündelungen in den Bereichen Naturwissenschaften und Gesellschaft werden vorgenommen. Erkenntnisse und Fragen aus der Praxisarbeit der Schülerinnen und Schüler fließen direkt in den Unterricht ein. Für die Kolleginnen und Kollegen erfordert die Arbeit im Schulversuch „anSchub“ ein hohes Maß an Flexibilität. Sie übernehmen verstärkt die Rolle eines Lemberaters und Lernbegleiters, so berichten Kolleginnen und Kollegen.
- Unter der Internetadresse <http://www.bildungserver.de/zeigen.html?seite=2153> öffnet der Deutsche Bildungserver eine Vielzahl von Informationen zu Schülerfirmen und anderen Programmen und Aktivitäten, die Arbeitswelt und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge in Schulen erlebbar machen.

- Die GEW-Broschüre „Eine Schule für Mädchen und Jungen – Praxishilfe mit Unterrichtsentwürfen für eine geschlechtergerechte Bildung“ enthält Konzepte zu Lebensplanung und Berufswahlorientierung im Unterricht sowie zur Elternarbeit dazu. Die Praxisbeispiele sind eingebettet in Kapitel zur schulischen Geschlechterforschung, zur Reflexion über geschlechtergerechte Bildung und zu bildungspolitischen Perspektiven.

2. Kriterienkatalog zur Ausbildungsreife

(Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, beschlossen am 30.1.2006, herausgegeben von der Bundesagentur für Arbeit im Mai 2006)

Auszug

„Eine Person kann als ausbildungsreif bezeichnet werden, wenn sie die allgemeinen Merkmale der Bildungs- und Arbeitsfähigkeit erfüllt und die Mindestvoraussetzungen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung mitbringt. Dabei wird von den spezifischen Anforderungen einzelner Berufe abgesehen, die zur Beurteilung der Eignung für den jeweiligen Beruf herangezogen werden (Berufseignung). Fehlende Ausbildungsreife zu einem gegebenen Zeitpunkt schließt nicht aus, dass diese zu einem späteren Zeitpunkt erreicht werden kann.“

Ein Kriterienkatalog, der sich u. a. an den Bildungsstandards der KMK für Hauptschulen orientiert, gliedert sich in folgende Merkmalsbereiche:

Merkmalsbereich	Merkmal		
Schulische Basiskenntnisse	(Recht)Schreiben		
	Lesen – mit Texten und Medien umgehen		
	Sprechen und Zuhören		
	Mathematische Grundkenntnisse		
	Wirtschaftliche Grundkenntnisse		
Psychologische Leistungsmerkmale	Sprachbeherrschung		
	Rechnerisches Denken		
	Logisches Denken		
	Räumliches Vorstellungsvermögen		
	Merkfähigkeit		
	Bearbeitungsgeschwindigkeit		
	Befähigung zur Daueraufmerksamkeit		
	Psychische Merkmale	Altersgerechter Entwicklungsstand und gesundheitliche Voraussetzungen	
		Psychologische Merkmale des Arbeitsverhaltens und der Persönlichkeit	Durchhaltevermögen und Frustrationstoleranz
			Kommunikationsfähigkeit
Konfliktfähigkeit			
Kritikfähigkeit			
Leistungsbereitschaft			
Selbstorganisation / Selbstständigkeit			
Sorgfalt			
Teamfähigkeit			
Umgangsformen			
Verantwortungsbewusstsein			
Zuverlässigkeit			
Berufswahlreife			Selbsteinschätzungs- und Informationskompetenz

Alle Merkmale des Katalogs werden anhand von Indikatoren beschrieben, Feststellungsverfahren und Beispielfragen werden aufgeführt.

An dem Projekt haben mitgearbeitet:

Hilke Ehmig (PG Frauen), Peter Gohl, Susanne Gondermann (FG Gesamtschulen), Norbert Gundacker (FG Hauptschulen), Ulrich Krause (FG Berufsbildende Schulen), Burkhard Kuchernig (FG Hauptschulen), Sigfrid Rebehn (FG Hauptschulen), Uwe Vohrmann (FG Realschulen), Jutta Zacharias (FG Realschulen)

An der Schlussredaktion waren beteiligt:

Uwe Vohrmann (FG Realschulen), Burkhard Kuchernig (FG Hauptschulen), Sigfrid Rebehn (FG Hauptschulen) und Marliese Seiler-Beck (FG Realschulen), Reinhard Selka (externer Berater)